

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/124

Bonn, den 4. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

2

Ein neuer Anfang ?

181

Zum Bundesparteitag der FDP in München
Von Wolfgang Jansen

3

Jugend will Freundschaft

48

Ja zu Frankreich - Ja zu allen Völkern
Von Horst Seefeld
Bundessekretär der Jungsozialisten

4

Organisierte Völkerwanderung

57

Neue Heimstätten für Götter und Menschen

5 - 7

Gastarbeiter in der EWG

150

Freizügigkeit der Arbeit löst das Problem
des Nord-Süd-Sozialgefälles nicht
Von Wolfgang Fechner

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Ein neuer Anfang ?

Zum Bundesparteitag der FDP in München

Von Wolfgang Jansen

Der große Augenblick verging fast unbemerkt. Das war, als FDP-Bundesschatzmeister Rubin forderte, Minister Mischnicks sozialpolitische Pläne sollten nicht nur, wie es der Arbeitskreis vorgeschlagen hatte, auf der unteren Ebene weiter diskutiert werden, sondern der Bundesvorstand solle eine konkrete Vorlage erarbeiten. Die Zustimmung des Parteitagess bedeutete das prinzipielle Placet zu Mischnicks Vorstellungen.

Gewiß, manches an seinem Dreistufenplan muß noch gründlich durchdiskutiert werden und es ist auch nicht so, daß alle Details den Beifall der SPD finden. Das gilt z.B. für die Rentenanpassung oder die Versicherungspflichtgrenze. Das entscheidende Positivum ist jedoch der Wandel im Grundsätzlichen. Die FDP hat bisher stets die Altersvorsorge ausschließlich dem Einzelnen überlassen wollen. Die Konsequenz war, daß sie mit Blank und Stüngl von der CDU zur sozialpolitischen Maxime der Bedürftigkeit kamen. Die Idee einer Sockelrente für alle bedeutet eine Hinwendung zum Gedanken sozialer Sicherheit moderner Prägung. Bei allen Differenzen, die es auch weiterhin geben wird, kann dieser grundsätzliche Meinungswandel nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Weniger überzeugend ist die Begründung, die die FDP gibt: Sie möchte eine Volkspartei werden, wozu ihr nach eigener Meinung nichts fehlt als ein paar Prozent Arbeiterstimmen. Die gute Absicht, sich mehr als bisher für die Belange der Arbeiterschaft einzusetzen, kann von sozialdemokratischer Seite nur mit Freude registriert werden. Aber wenn Trich Kende zu Recht meint, die Arbeiterschaft bewiese oft mehr politisches Verständnis als manche sogenannten besseren Kreise, so sollte er berücksichtigen, daß sie aus eben diesem Grunde auch leicht den Speck riecht, mit dem man Käuse fangen möchte. Die Auffassung von Frau Dr. Harro Brücher, man müsse Politik nicht mit dem Blick auf zu gewinnende Bevölkerungsgruppen, sondern aus Verständnis für die Erfordernisse der Zeit treiben ist überzeugender.

Kulturpolitisch ist das eindrucksvolle Bekenntnis zu Presse- und Meinungsfreiheit und zur Unabhängigkeit von Rundfunk und Fernsehen sowohl von staatlichen als parteipolitischen wie von zahlungskräftigen Wirtschaftskreisen zu begrüßen. Den am Rande des Parteitagess spürbaren Streit um eine Spaltung unter den liberalen Studenten sollte man nicht überbewerten. Das Problem, ob und wie die Söhne eines freidenkenden kritischen Finanzministers oder stellvertretender Landesvorsitzenden trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer Korporation an der Universität eine politische Heimat finden können, wird relativ leicht zu lösen sein.

Dies gilt umso mehr, als die politische Aktivität der Jugend innerhalb der FDP ausserordentlich bemerkenswert ist. Die Leidenschaft, mit der gerade die jungen Delegierten den Gedanken der Wiedervereinigung vorgebracht haben, sollte nicht nur in der FDP selbst, sondern in allen Parteien Zustimmung und Anerkennung finden. Wollte man sie davon abhalten, sich über diese Fragen Gedanken zu machen, würde man unserem Volk seinen sehr guten Dienst leisten.

Leider erhielten sie für ihre Diskussionen nur wenig Wegzeigung. Der Bundesvorsitzende beschränkte sich im Ausblick-Teil seines Referats auf die von der SPD schon 1959 vorgetragene Feststellung, daß die Wiedervereinigung nicht "uno actu" erreicht werden kann. Ferner rüsteten

4. Juli 1963

die geistigen Werte dadurch aktiviert werden, daß man der Jugend die Schattenseiten der Vergangenheit verhülle und auf die Lichtseiten der deutschen Geschichte hinweise. Dem Arbeitskreis gab er den Herter-Plan von 1959 mit auf den Weg, ohne die Gründe darzulegen, aus denen dieser Plan in Genf gescheitert ist. So blieben als Ansatzpunkte nur der Deutschlandplan der FDP und die einschlägigen Bestimmungen des Koalitionsabkommens. Etwas Neues konnte bei dieser Sachlage nicht zutage kommen.

Aufsehen erregte lediglich der Vorschlag von Minister Scheel, eine selbständige europäische Atomkraft zu bilden. In der Diskussion heftig attackiert, präzisierter Scheel, er wolle diese Atomkraft nicht mit der Force de frappe, sondern auf die britische Bombe gründen. Dies - und manches andere in seinem Referat - bedeutet, die Politik de Gaulles mit den Mitteln Kennedys betreiben zu wollen. Der Vorschlag mag gut gemeint sein, hilft aber schwerlich weiter und fand ebensowenig wie Mandes Idee, den Herter-Plan zu modernisieren, und zu aktualisieren, Niederschlag in der Parteitageentschließung. Der Reaktion des Koalitionspartners auf diese Entschließung kann man mit Interesse entgegensehen.

Überhaupt schien der Parteitag mit dieser Koalition nicht sehr glücklich zu sein. Das war wohl auch Veranlassung, einige neue Prinzipien für die Bildung von Koalitionen aufzustellen. Was Erich Mende in seinem Referat hierzu sagte, klingt zunächst einleuchtend. Freilich kann man nur schwer vergessen, daß er vor der letzten Bundestagswahl den Frankfurter Parteitag davon abhielt, sich auf eine Koalition festzulegen, um eine Stunde später in einer Pressekonferenz sein "Nicht mit der SPD" auszusprechen. Auch haftet noch seine Erklärung im Zweiten Deutschen Fernsehen vor gut zwei Monaten im Gedächtnis, er werde den Wahlkampf 1965 nicht gegen, sondern mit Erhard führen. Hinsichtlich des Wahlkampfthemas zwischen den Koalitionsparteien sprach er von "Nuancen". Das mußte wohl nicht zu Unrecht als ein zwar frühes, aber gleichwohl deutliches Koalitionsangebot für 1965 gewertet werden.

Demnach ist seine Erklärung, er sei seit langem für Handlungsfreiheit nach beiden Seiten eingetreten und über den Wahlkampf 1965 könne man erst nach Ablauf der restlichen zwei Jahre der Legislaturperiode reden, nicht ohne Skepsis zu betrachten.

Wesentlich weiter ging in diesem Punkt Willy Weyer mit seiner Forderung, jede Partei müsse mit jeder anderen koalieren können. Weyer wurde mit großer Mehrheit zum Nachfolger Wolfgang Dörings gewählt, der kurz vor seinem Tod ein beachtenswertes Interview gegeben hat. Neben vielen Zeitbedingten finden sich darin auch einige grundsätzliche Gedanken. Zum Beispiel, daß zur "Verfechtung bisheriger Grundsätze die Betonung einer klar erkennbaren sozialen Komponente" kommen müsse. Entzissen wir bei der Würdigung des Münchener FDP-Parteitages auch diese Sätze aus der letzten Veröffentlichung Dörings der Vergessenheit: "Die Regierungskrise der letzten Wochen hat als eine von mir positiv beurteilte Begleiterscheinung die Beseitigung der Zwangsvorstellung gebracht, man müsse immer und in jedem Fall eine Regierungsbeteiligung der SPD verhindern. Wir haben im Bundestag drei unabhängige Parteien. Wenn die parlamentarische Demokratie funktionieren soll, muß zwischen diesen Parteien jede Mehrheitsbildung, d.h. jede Form der Regierungsbildung möglich sein."

Jugend will Freundschaft

Ja zu Frankreich - Ja zu allen Völkern

Von Horst Seefeld

Staatspräsident de Gaulle hat auf seiner Reise nach Bonn dieses Mal den Hochkommissar für Jugend und Sport, Maurice Hertzog, in seiner Gefolge. Wenn es nicht vorher bekannt gemacht worden wäre, hätte man schon daraus schließen können, daß bei den Besprechungen ein wesentlicher Teil der Unterhaltung dem Jugendteil des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages gewidmet sein werde.

Die jungen Menschen in der Bundesrepublik begrüßen es, daß durch ein Vertragsabkommen beide Staaten versichern wollen, künftig mehr als bisher der Jugend beider Länder Gelegenheit zu geben, sich kennen- und schätzerzukennen. Die Jugend von heute will Freundschaft. Sie ist deshalb sehr dankbar, daß ihr erstmals in einem Vertrag soviel Platz zugobilligt wird. Die Beträge, die von beiden Staaten genannt worden sind, übertreffen um ein Vielfaches die Summen, die bisher für den Jugendaustausch insgesamt zur Verfügung gestellt wurden.

Die für die freie Jugendarbeit in der Bundesrepublik Verantwortlichen haben es in den letzten Tagen und Wochen nicht an guten Ratschlägen für den Herrn Bundesfamilienminister fehlen lassen. Sicher nicht ohne Grund war eine ihrer Hauptforderungen, daß die deutsch-französische Jugendarbeit nicht unter staatlicher Reglementierung erfolgen dürfe. Die deutschen Jungsozialisten haben erst am vergangenen Wochenende gefordert, daß alle bereits bestehenden Kontakte deutscher und französischer Jugendorganisationen in das Vertragswerk einbezogen werden müssen. Das Kuratorium, das für die Durchführung verantwortlich sein soll, darf auf keinen Fall nur mit Leuten aus den staatlichen Verwaltungsorganen besetzt sein. Diejenigen, die schon durch ihre Arbeit in den vergangenen Jahren ihr großes Maß an internationaler Erfahrung bewiesen haben, müssen als Vertreter der Jugendpflege und der politischen Jugendorganisationen unbedingt ein gewichtiges Wort mitreden dürfen. Wie aus dem Familienministerium verlautet, soll deshalb auch von deutscher Seite das Verhältnis 6 : 4 zugunsten der mit der Jugendarbeit verbundenen Organisationen und Verbände lauten. Leider fehlen bis jetzt noch konkrete Angaben unserer französischen Partner. Maßgebliche Vertreter der französischen Jugendorganisation haben erst vor kurzem in einem Schreiben mitgeteilt, daß ihre Regierung bisher nicht deutlich gesagt habe, wie sie sich den französischen Beitrag und die Besetzung des Kuratoriums vorstelle.

Es wird an der Gestaltorn der praktischen Jugendarbeit liegen, wie die deutsch-französische Freundschaft von den anderen Nachbarn der beiden Länder beurteilt wird. Man darf hoffen, daß Franzosen und Deutsche gemeinsam dazu beitragen werden, die freundschaftlichen Beziehungen zu anderen europäischen und außereuropäischen Ländern noch enger zu gestalten. Auf keinen Fall darf die Intensivierung deutsch-französischer Jugendprogramme zu einer Benachteiligung bisheriger bilateraler oder mehrfacher Aktivitäten zu anderen Ländern in dieser Welt führen. Von Seiten der deutschen Jungsozialisten wird die Zusage zur Unterstützung aller Bemühungen der Vertiefung der Freundschaft zu unserem französischen Nachbarvolk genauso abgegeben, wie die Erklärung, daß dadurch kein anderes Volk benachteiligt werden dürfe.

Organisierte Völkerwanderung

Neue Heimstätten für Götter und Menschen

E.K. - In den vom Assuan-Damm gestauten Fluten des Nils wird schon bald ein uraltes Siedlungs- und Kulturgebiet für immer versinken. In größter Hast wurden in den letzten Jahren unzählige Brudenkmäler und Statuen in ihre Bestandteile zerlegt und fortgeschafft. Als Letzte werden die Götter des berühmten Felsentempels von Abu-Simbel die Flucht ergreifen und unter Einsatz der modernsten Technik auf einen Hügel umziehen, der den künftigen Assuan-See noch um weniges überragen wird.

Und die Menschen? 50.000 Bauernfamilien aus der Gegend des Wadi Halfa werden im Verlaufe von drei Jahren nach Khashm-el-Girba in den Süden des Sudans verfrachtet. Ihre neuen Heimstätten, die seit zwei Jahren vorbereitet waren, liegen rund 1.300 Kilometer von ihrem schon bald überfluteten Stammesland entfernt. Das entspricht ungefähr der Distanz von der Ostsee bis an die europäische Mittelmeerküste. - Gewiss, dieses verpflanzte Bauernvolk wird ein Land - 62.000 Hektar Ackerboden - vorfinden, das auf seine Ankunft wartet. Aber bis es einen Ertrag abwirft, wird ein Jahr vergangen. Doch womit sollen die Familien bis dahin ihren Unterhalt bestreiten?

Hier greift nun das Welternährungsprogramm mit seinem ersten Projekt ein, dessen Einzelheiten soeben mit der sudanesischen Regierung vertraglich geregelt wurden. Das Programm stellt im Betrag von 764.000 Dollar Lebensmittel zur Verfügung, die den Unterhalt der umgesiedelten Familien während eines Jahres sicherstellen werden. Sie werden von Australien, Österreich und den Vereinigten Staaten gespendet: 3.600 Tonnen Hartweizen, 460 Tonnen haltbare Milchprodukte, 550 Tonnen gedörrte Früchte und 650 Tonnen Fruchtkonserven.

Diese Überbrückungshilfe ermöglicht es den Umsiedlern, auszuhalten, bis der Boden ihrer neuen Heimat Früchte zu tragen beginnt. Dieses Projekt des Welternährungsprogrammes zugunsten der sudanesischen Umsiedler dient anderen ähnlichen Abkommen in Afrika, Asien und Lateinamerika als Modell.

Überschüsse als Wirtschaftshilfe

Der Zweck des Welternährungsprogrammes besteht darin, die in einigen Ländern angesammelten landwirtschaftlichen Überschüsse verschonweise zum Zweck der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einzusetzen. Nur ein Lande wird eigentliche Nothilfe geleistet. Bis jetzt verfügt das Programm, das gemeinsam von der FAO und den Vereinten Nationen verwaltet wird, über Bar- und Naturalspenden von 49 Regierungen im Betrage von rund 90 Millionen Dollar. Noch fehlen zehn Millionen bis zum Ziel von hundert Millionen, das für das Versuchsprogramm aufgestellt wurde. Bereits jetzt sind schon 30 offizielle und 32 inoffizielle Hilfgesuche eingelaufen.

Bisher wurden - abgesehen von einigen Nothilfeaktionen - sechs Projekte gebilligt. Wie im Sudan werden die Nahrungsmittel auch in Bolivien dazu verwendet, den Unterhalt von Bauernfamilien sicherzustellen, die von den Hochebenen der Anden in fruchtbarere Landstriche überführt werden. In Syrien sollen sie die Ansiedlung nomadisierender Hirten erleichtern. In Ägypten dienen sie der Verbesserung des Viehbestandes, in Marokko der Bodenverbesserung und in Tanganjika der landwirtschaftlichen Kolonisation. Die gesakten Aufwendungen des Programms betragen für diese sechs ersten Projekte 8,5 Millionen Dollar.

Wenn die Menschen zusammenarbeiten, anstatt sich zu bekämpfen, finden Götter und Menschen neue Heimstätten.

Gastarbeiter in der EWG

Freizügigkeit der Arbeit löst das Problem des Nord-Süd-Sozialgefälles nicht Von Wolfgang Pechner

Wie das Grundgesetz der Bundesrepublik jedem Bürger das Recht zugesteht, sich Arbeitsplatz und Wohnort nach freier Entscheidung zu wählen, so gestehen die Brüsseler EWG-Verträge den Bürgern der in dieser Gemeinschaft verbundenen Staaten das Recht der Freizügigkeit der Arbeit zu. Jeder Bürger eines EWG-Staates darf in einem der anderen arbeiten und genießt dabei dieselben Rechte wie die Bürger des Gastlandes. Ausgenommen von diesen Vereinbarungen ist der Bereich der Kohle- und Stahlindustrie, aber ähnliche Abkommen sind von den Partnerstaaten der Kontinental-Union getroffen worden.

Diese Freizügigkeit der Arbeit ist ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor innerhalb der EWG und drückt sich in den zunehmenden Zahlen von Gastarbeitern in den hochindustrialisierten Partnerstaaten aus. In der Bundesrepublik arbeiten gegenwärtig rund 700 000 Ausländer. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung ist nicht sehr hoch. Er liegt z. B. in der Metallindustrie bei rund 4,5 Prozent. Anders sieht es in Buxtehude aus. Dort ist - wie auch in der nicht der EWG angehörenden Schweiz - fast jeder dritte Arbeitnehmer ein Ausländer.

Im Jahre 1914 waren im damaligen deutschen Reichsgebiet rund eine Million ausländischer Arbeitskräfte tätig. Sie arbeiteten vornehmlich in den Kohlenrevieren und in der Landwirtschaft. Heute spielt die Landwirtschaft als Arbeitgeber für Gastarbeiter kaum eine Rolle. Entscheidend ist der Kräftebedarf der Industrie. Darin liegt ein Problem, denn die Mehrzahl der zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik bereiten Ausländer verfügt nicht über die Vorkenntnisse, die selbst für Hilfsarbeiter in einer hochentwickelten Industrie benötigt werden. An qualifizierten Industriearbeitern besteht meistens auch in den Heimatländern der Gastarbeiter ein empfindlicher Mangel.

Mangel an qualifizierten Kräften

Bei der EWG-Generaldirektion in Brüssel wurde das unitalienische Beispiel erläutert. Nur etwa ein Fünftel der aus Italien - das als Herkunftsland der Gastarbeiter in der Bundesrepublik an erster Stelle steht - kommenden Arbeiter verfügt über ein Minimum an Fachkenntnissen, die an Ort und Stelle sofort zu verwerten sind. Die anderen vier Fünftel müssen angelehrt werden. Es handelt sich dabei meist um Menschen, die aus dem unterentwickelten Süden Italiens, dem "Mezzogiorno" stammen.

Diese Schwierigkeiten führten dazu, daß 1960 in Italien ein Schnell- ausbildungsprogramm für Arbeiter, die nach Deutschland gehen wollten, eingerichtet wurde. Die Arbeiter wurden in Kursen unter deutscher Leitung auf die Arbeitsaufnahme in der deutschen Industrie vorbereitet. Insgesamt nahmen 10 000 Menschen an diesen Kursen teil. Nur 2000 von ihnen sind tatsächlich in die Bundesrepublik gekommen. Die anderen 8000 sind von der hochentwickelten norditalienischen Industrie sofort mit Aufnahm aufgenommen worden.

In den 18 Monaten, in denen das Kurzausbildungsprogramm für italienische Arbeitskräfte lief, strömten insgesamt 500 000 italienische Arbeiter nach Deutschland. Sie treibt nicht die Abenteuerlust, sondern allein die Not aus ihren süditalienischen Dörfern und Städten nach Norden. Sie wollen nicht mehr hungern, wollen sich und ihren Familien einen Anteil am Brotkorb der Industrieländer schaffen.

Nur ein Notbehelf

Die Wanderung der Arbeitskräfte ist aber nur ein Notbehelf und nicht geeignet, das in Europa von Norden nach Süden vorhandene Sozialgefälle zu beseitigen. Im Gegenteil, sie kann nur vorübergehend einzelnen wirtschaftliche Vorteile bringen, in der Praxis ist das Hin- und Herwandern der Arbeitskräfte ein volkswirtschaftlicher Verlust.

"Wir können das Sozialgefälle in Europa nur ausgleichen, wenn wir damit beginnen, die Notstandsgebiete im Süden unseres Kontinents wirtschaftlich zu sanieren und sozial aufzurüsten", sagte man in Brüssel. Dazu gehören in erster Linie Schulen und Ausbildungsstätten, denn es nützt nichts, erhebliche Mittel in die Modernisierung der Landwirtschaft zu stecken, wenn die Bauern nicht bereit sind, von ihren überkommenen Arbeitsmethoden abzugehen, weil ihnen einfach das Verständnis für die neuen Dinge fehlt. Es nützt nichts, Industrien in Gebieten anzusiedeln, in denen der Durchschnittsarbeiter noch Analphabet und auf industrielle Arbeitsformen nicht vorbereitet ist. Eine intakte Industrie mit einem breiten Facharbeiterstamm, wie sie in West- und Nordeuropa vorhanden ist, kann bis zu einem gewissen Anteil unvorbereitete Hilfskräfte aufnehmen. Für den Aufbau von Industrie in den europäischen Entwicklungsgebieten muß der Facharbeiterstamm erst geschaffen werden.

Bei der EWG-Generaldirektion für Sozialpolitik in Brüssel ist man sich darüber klar, daß die in den EWG-Verträgen vorgesehene und 1970 auslaufende Übergangszeit vor dem Inkrafttreten des uneingeschränkten europäischen Binnenmarktes nicht ausreicht, um diese Probleme zu lösen, zumal dazu die Kräfte des betroffenen Landes nicht ausreichen und es energischer gemeinsamer Anstrengungen aller EWG-Partnerländer bedarf.

Bedarf nimmt zu

Das Problem der Gastarbeit wird also noch auf lange Sicht innerhalb der EWG vorhanden sein. Abgesehen davon, daß es z.B. in den Kohlenrevieren Nordfrankreichs seit Generationen starke italienische Arbeiterkolonien gibt, die - im Gegensatz zu den assimilierten polnischen Bergarbeitern im Ruhrgebiet - nicht in ihrem Gastvolk aufgegangen sind, werden die Fragen der Gastarbeit besonders in der Bundesrepublik lebendig bleiben. Wenn die wirtschaftliche Situation sich nicht entscheidend in Richtung auf eine Rezession oder Krise verändert, wird der Bedarf an ausländischer Arbeitskräften im Gegensatz zu den anderen EWG-Ländern in der Bundesrepublik zunehmen. Das verrät ein Blick in die bei der EWG geführte Statistik über den Bestand der Bevölkerung im Erwerbsalter (15. bis 65. Lebensjahr) für die Jahre 1960 bis 1970.

Im Jahre 1960 gab es in der Bundesrepublik rund 34 Millionen Menschen im Erwerbsalter, 1970 werden es nur noch etwa 33 Millionen sein. Umgekehrt verläuft die Entwicklung in den anderen EWG-Ländern, von denen Holland und Frankreich eine sehr aktive Familienpolitik betrieben. In Belgien befanden sich 1960 6 Millionen Bürger im Erwerbsalter, 1970 werden es 5,676 Millionen sein. In Frankreich waren es 1960 26,635

Millionen und 1970 werden es 28,126 Millionen sein. In Italien werden 1970 34,597 Millionen den 32,459 Millionen aus dem Jahre 1960 gegenüberstehen und in den Niederlanden wird sich die Zahl der Menschen im Erwerbsalter von 6,694 Millionen im Jahre 1960 auf 7,540 Millionen im Jahre 1970 erhöht haben.

Wohnungsproblem

Da der Arbeitskräftebedarf nicht saisonbedingt, sondern - abgesehen vom Fremdenverkehrsgewerbe und ähnlichen Wirtschaftszweigen - ständig vorhanden ist, wird es sich nicht vermeiden lassen, Familienwohnungen, Schulen, Kirchen usw. für die Gastarbeiter in der Bundesrepublik zu schaffen, um einen erheblichen Teil von ihnen hier sesshaft zu machen. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß die Masse der Gastarbeiter bereit ist, auf unabsehbare Zeit von ihren Familien getrennt zu leben und sich nur darauf zu beschränken, Geld nach Hause zu schicken und einmal im Jahr für ein paar Wochen eine Gastrolle in der Heimat zu geben.

Mit anderen Worten heißt das, die Wirtschaft der Bundesrepublik muß dafür sorgen, daß die Gastarbeiter das Verbleiben in Deutschland auch über den Anreiz des guten Verdienstes hinaus interessant finden. Tut die Wirtschaft das nicht, muß sie eine starke Fluktuation und damit einen Kapitalverlust in Kauf nehmen, denn mit jedem Gastarbeiter, der nach einigen Jahren abwandert, geht Kapital verloren, das durch die Ausbildung des an seine Stelle tretenden Neuankommings erst wieder geschaffen werden muß.

Voll an elöster Probleme ist der Bereich der Sozialversicherung. Die Gastarbeiter zahlen Beiträge zu den für sie zuständigen deutschen Sozialversicherungen und erwerben sich damit auf Grund der Sozialabkommen zwischen den einzelnen Staaten - die sich nicht nur auf die EWG-Partnerstaaten beschränken - die Versorgungsansprüche ihrer heimischen Sozialversicherungen. Das führt zu vielen Ungerechtigkeiten. Nehmen wir das italienische Beispiel: Ein italienischer Arbeiter in der Bundesrepublik zahlt Beiträge zur deutschen Sozialversicherung wie sein deutscher Kollege. Wird er aber infolge eines Arbeitsunfalles arbeitsunfähig oder erreicht er das 65. Lebensjahr, dann hat er nicht etwa Anspruch auf die Rente der deutschen Berufsgenossenschaft oder der Invalidenversicherung, sondern nur auf die ungleich schlechtere Versorgung seines Heimatlandes. Besser würde es dagegen einem in Deutschland arbeitenden Franzosen gehen, denn die Leistungen der französischen Sozialversicherung sind wesentlich besser als bei uns. Einen sozialen Aufstieg muß wiederum der deutsche Gastarbeiter in Frankreich (es gibt zur Zeit rund 60 000) hinnehmen, wenn er aus dem Arbeitsleben ausscheidet.

Übergangszeit reicht nicht aus

Auch zur Lösung dieser Probleme reicht die Übergangszeit bis 1970 nicht aus. Die EWG-Generaldirektion für Sozialpolitik hat sich das Ziel gesetzt, das Sozialversicherungsrecht und die daraus herrührenden Leistungen in allen Partnerstaaten zu vereinheitlichen. Aber dieses Ziel liegt in weiter Ferne. Es läßt sich mit den Zuständigkeiten der Brüsseler europäischen Behörden nicht erreichen. Voraussetzung dafür wären wahrscheinlich entsprechende Vollmachten für das Europa-Parlament in Straßburg. Ehe aber das Straßburger Parlament eine wirkliche Volksvertretung der europäischen Staaten sein wird, wird noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen. Den Gedanken, wenigstens erst einmal die Hälfte der Straßburger Abgeordneten in direkter Wahl wählen zu lassen (sie werden jetzt von den nationalen Parlamenten delegiert), hat sich Frankreich mit Erfolg widersetzt. Für diese Ablehnung gibt es auch vernünftige Gründe. Ehe das Straßburger Parlament noch keine Entscheidungsbefugnisse gegenüber den Partnerstaaten hat, wären direkte europäische Wahlen nur eine Spiegelfechterei ohne realen Hintergrund.